



# Burschenschaften bieten Neonazis Rückzugsräume

**Katharina König: Viele Gründe des Widerstands gegen das elitäre und völkische Treiben**

Von Protesten begleitet fand am letzten Mai-Wochenende der Burschentag in Eisenach statt. Am Eröffnungsabend zogen Hunderte stramm rechte Akademiker mit Fackeln und unter Trommelklängen zum Burschenschaftsdenkmal unterhalb der Wartburg, wo sie alle drei Strophen des Deutschland-Liedes sangen, während ebenfalls zahlreiche vor allem junge Leute im Rahmen des Bündnisses „Wider dem deutschen Burgfrieden“ protestierten.

Bereits im Vorfeld hatte Katharina König, Sprecherin für Antifaschismus der Linksfraction, gewarnt, dass „der Akademikerbund ‚Deutsche Burschenschaft‘ wieder intensiv an einer noch völkischeren und rassistischen Ausrichtung strickt“. Spiegel Online hatte Tagungsunterlagen aufgedeckt, wonach erneut über eine Art ‚Ariernachweis‘ in Eisenach verhandelt werden sollte. Vermutlich, um eine Spaltung zu verhindern, nahm die Burschenschaft in Eisenach davon Abstand, einheitliche Regeln mit strengen Abstammungskriterien für die Aufnahme in Studentenverbindungen festzulegen.

Schon vor zwei Jahren war es in der Frage, wer zur Aufnahme in die Burschenschaft „deutsch genug“ sei, zum Eklat gekommen. Jetzt war ein erneuter Vorstoß hinsichtlich der Herkunft von Verbandsmitgliedern geplant, Beleg für den rassistischen Wahn innerhalb Deutschen Burschenschaft (DB).

Danach sollten dort Menschen in „deutsche“, „abendländisch-europäische“ und „nicht-abendländisch-europäische“ Abstammung kategorisiert werden. Bewerber letzterer Kategorie sollten zwangsweise durch einen Ausschuss der DB überprüft werden. „Das weckt finstere Erinnerungen an die Nürnberger Rassengesetze“, betonte Katharina König.

Die LINKE Abgeordnete hatte bereits vor einigen Wochen die Landesregierung mit einer Kleinen Anfrage zur Stellungnahme hinsichtlich der rechtslastigen Entwicklung der DB aufgefordert. Erst im letzten Jahr fiel der bis dahin noch aktive Chefredakteur der DB-eigenen Zeitung „Burschenschaftliche Blätter“, Norbert Weidner, damit auf, dass er die Hinrichtung des NS-Widerstandskämpfers Dietrich Bonhoeffer als „juristisch gerechtfertigt“ und ihn als „Landesverräter“ bezeichnet hatte. Weidner war Anfang der 90er Jahre Mitglied später verbotener neonazistischer Organisationen, wie der Wiking Jugend und der FAP.

Kürzlich veröffentlichte eine linke Gruppierung aus Baden-Württemberg, dass Weidner möglicherweise V-Mann des Verfassungsschutzes war oder noch sei. Katharina König will von der Landesregierung u.a. wissen, ob es auch in Thüringen eine nachrichtendienstliche Zusammenarbeit mit ihm gegeben hat und inwiefern der Freistaat die Deutsche Burschenschaft förderte. Die Abgeordnete unterstrich: „Burschenschaften sind nicht nur ein-

fache Studentenverbindungen, sie bieten Neonazis auch Organisations- und Rückzugsräume, wie das Beispiel der Normannia Jena belegt. „Ob mit oder ohne so genannten ‚Arierparagrafen‘, es gibt viele gute Gründe, sich dem elitären und völkischen Treiben der Burschenschaften, das auf dem Männerbundprinzip basiert, zu widersetzen.“

Der Burschentag des größten und umstrittensten Dachverbandes der Studentenverbindungen wird seit der Wende jährlich in Eisenach durchgeführt. Oberbürgermeisterin Katja Wolf (DIE LINKE), die auch an der Demonstration teilgenommen hatte, machte ihren Unmut deutlich, dass sie bei Amtsantritt Mietverträge mit der Burschenschaft „geerbt“ hat, die sie zwar gekündigt habe, die aber noch bis 2018 gelten und gegen die sie keine rechtliche Handhabe hat. Polizei und Verfassungsschutz hätten keine hinreichenden Anhaltspunkte, dass „die DB insgesamt gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung arbeite“.

Eisenach mit Bezug auf das Wartburgfest 1817 ist für die Deutsche Burschenschaft wichtiger Bezugspunkt der Traditionspflege. Sie hatten sich damals auf der Wartburg getroffen und einen einheitlichen deutschen Nationalstaat gefordert. In den vergangenen zwei Jahren lieferten sich rechtsextreme und liberalere Gruppierungen einen Machtkampf. Zahlreiche liberalere Bünde haben den Dachverband daraufhin verlassen.

## KOMMENTIERT:

von Martina Renner

### Wieder Ermittlungen

Die Thüringer Chefs der Gewerkschaft der Polizei (GdP) und der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) haben Anzeige wegen illegaler Datenausspähung erstattet. Es zu begrüßen, dass auch über den Weg der Justiz versucht wird, eine Klärung zu erreichen. Die Linksfraction wird die Ermittlungen gegen Polizeibeamte, die zugleich als Personalrat tätig sind, zum Thema im Innenausschuss des Landtages machen.

GdP und DPoIG hatten vor einigen Tagen in einer Pressemitteilung auf einen möglichen Zusammenhang mit einem vor kurzer Zeit stattgefundenen Arbeitsgespräch mit mir hingewiesen. Bei diesem Gespräch hatte vor allem auch die Frage nach den Arbeitsbedingungen an der Fortbildungsstätte der Polizei in Meinungen eine Rolle gespielt. Es muss jetzt dringend geklärt werden, ob Polizeibeamte internen Ermittlungen ausgesetzt sind, wenn sie sich gegenüber Abgeordneten und Medien auf Tatsachen gestützt kritisch äußern. Der Fall ist brisant, schließlich geht es hier um die Vermutung, dass ein schwerer Eingriff in den besonderen Schutzbereich eines Personalrates vorliegt. Sollte sich das bestätigen, müssen auch personelle Konsequenzen gezogen werden.

Es drängt sich in der Tat der Verdacht auf, dass Beamte, die sich für die Interessen von Bediensteten einsetzen und dabei nicht immer mit Vorgesetzten übereinstimmen, relativ leicht intensiven Ermittlungen ausgesetzt sind. Dazu haben wir Fragen an die Landesregierung, die diese in der Innenausschusssitzung beantworten muss. Es ist unhaltbar, dass in Thüringen Polizeibeamte offenbar die Einleitung eines Ermittlungs- oder Disziplinarverfahrens fürchten müssen, wenn sie sich gegenüber Abgeordneten und Medien auf Tatsachen gestützt kritisch äußern. Das Thüringer Innenministerium ist dringend gefordert, jedweden Anschein dieser Art vollumfänglich auszuräumen.

Bereits im Jahr 2011 wurde gegen einen Personalrat der Polizei wegen des Verdachts des Geheimnisverrats ermittelt. Die Ermittlungen, bei denen auch Daten der Abgeordneten Martina Renner erhoben und verarbeitet wurden, stehen seitdem unter erheblicher Kritik der Gewerkschaften und auch des Landesdatenschutzbeauftragten.

## AKTUELL LINKE fordert „Solidarpakt III“

Gregor Gysi hat die Schweriner Erklärung vorgestellt, in der die Vorsitzenden der Linksfractionen einen „Solidarpakt III für strukturschwache Regionen in West und Ost“ sowie die verfassungsrechtliche Verankerung einer „Gemeinschaftsaufgabe sozial-ökologische Strukturentwicklung“ vorschlagen. Hierzu strebt DIE LINKE in Bundestag und Landtagen einen breiten Dialog an. Die Erklärung (v. 23. Mai) hat folgenden Wortlaut:

Die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland gehört zu den zentralen Leitvorstellungen des Grundgesetzes. Die Schaffung bzw. schrittweise Annäherung vergleichbarer Lebensverhältnisse ist unerlässlich, um die soziale Integration zu fördern und

die Chancengleichheit bei der Teilhabe an wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen sowie lebensnotwendigen Angeboten der Daseinsvorsorge zu sichern.

23 Jahre nach Herstellung der deutschen Einheit, in denen insbesondere im Osten unterschiedlichste Erfahrungen im Angleichungsprozess gesammelt werden konnten und mussten, steht die Verwirklichung dieses Ziels heute vor enormen Herausforderungen. Regionale Unterschiede und soziale Ungleichheiten sind nicht mehr nur ein Ost-West-Problem. Sie entwickeln sich zunehmend bundesweit zu Entwicklungsbremsen. Gerade vor diesem Hintergrund ist auch die aktuelle Klage der unionsgeführten Länder Bayern und Hessen gegen den Länderfinanzaus-

gleich zu kritisieren, denn sie ist unsolidarisch und letztendlich unverantwortlich.

DIE LINKE in Bundestag und Landtagen will einen anderen Weg einschlagen. Wir wollen einen breiten politischen Dialog darüber, mit welcher gesamtgesellschaftlichen Kraftanstrengung die von Strukturschwäche betroffenen oder bedrohten Regionen unterstützt werden können. Wir schlagen einen „Solidarpakt III für strukturschwache Regionen in West und Ost“ oder auch die verfassungsrechtliche Verankerung einer „Gemeinschaftsaufgabe sozial-ökologische Strukturentwicklung“ vor. Auf diesem Weg muss die Gesundung öffentlicher Haushalte, insbesondere im Interesse leistungsfähiger Kommunen, zentrales Anliegen sein.